

International

In Rumänien wird nur gewählt, wer korrupt ist

Die politische Klasse ist in den Augen vieler Rumänen völlig diskreditiert. Wichtigste Ursache der anhaltenden Krise ist die Korruption. Sie ist allgegenwärtig und wird fatalistisch hingenommen. *Ein Gastbeitrag von Daniel Ursprung**

Rumänien erlebt seit einigen Wochen eine politische Krise. Dabei zieht die Regierung von Victor Ponta im Machtkampf gegen Präsident Traian Basescu leichtsinnig die wirtschaftliche Stabilität, das Ansehen des EU-Landes und vor allem die rechtsstaatlichen Prinzipien in Mitleidenschaft. So zählen das Parlament und politische Parteien gemäss Umfragen konstant zu den Institutionen, denen die Bürger am wenigsten vertrauen. Politiker seien generell korrupt und nur auf den eigenen Vorteil bedacht, so die weitverbreitete Meinung – die politische Klasse ist in den Augen vieler Bürger völlig diskreditiert.

Umso mehr erstaunt es, dass keine alternative politische Kraft entstanden ist, die mit einer integren Politik den Unmut in Wählerstimmen umgelenkt hätte. Vielmehr zeigt sich bei Wahlen eine paradoxe Situation: Sogar notorisch korrupte Politiker werden gewählt – und dabei dürfte es auch bleiben.

Lokalbarone bringen Mehrheit

Adrian Nastase zum Beispiel erreichte bei den letzten Parlamentswahlen 2008 ein Glangsergebnis, obwohl der Name des sozialdemokratischen Premiers von 2000 bis 2004 wie kein Zweites Synonym für Korruption ist – erst kürzlich wurde er rechtskräftig verurteilt. Nastase kandidierte vor vier Jahren in einem ländlichen Wahlkreis, der als Hochburg der Sozialdemokraten gilt. Im zentralistischen System Rumäniens können sich Kandidaten in einem beliebigen Wahlkreis aufstellen lassen, auch wenn sie dort nicht ansässig sind. Einflussreiche Parteibosse reservieren sich die besten Wahlkreise und erhöhen so ihre Wahlchancen. Häufig sind Politiker daher nicht mit ihrem Wahlkreis verbunden. Vor Ort sorgen mächtige, der Partei verpflichtete Lokalpotentaten für einen hohen Stimmenanteil.

Diese als Lokalbarone bezeichneten Funktionäre kontrollieren als Lokalpolitiker nicht nur die politischen Gremien und die Verwaltung, sondern sind als Firmeninhaber gerade in ländlichen Gegenden oft die einzigen Arbeitgeber. In armen Regionen im Süden und Osten Rumäniens, aber auch in einigen Grossstädten, verfügen Lokalbarone durch die Bündelung politischer und wirtschaftlicher Macht über riesigen Einfluss. Egal, ob es um die Vergabe von Arbeitsplätzen oder öffentlichen Aufträgen, die Zuteilung von Steuergeldern, Sozialhilfe oder Renten geht – ein Grossanteil der Bevölkerung ist auf das Wohlwollen der Lokalbarone angewiesen.

Von Korrupten profitieren

In diesem unter Nastase perfektionierten Klientensystem wird politisches Wohlverhalten durch Geldzuteilung belohnt. Die Lokalbarone erhalten von der Regierung nach Wahlergebnis Geld aus dem Staatsbudget. So hatte Nastases Wahlkreis während der Jahre seiner Regierung zu den Bevorzugten bei der Zuteilung von Geld gehört. Viele Wähler konnten sich daher durchaus einen Vorteil davon versprechen, für ihn zu stimmen, wie überhaupt traditionellerweise ein beachtliches Wählersegment für die Mächtigen votiert, da nur diese etwas zu verteilen haben. Stark zugespitzt läuft das darauf hinaus, dass über Korruption zwar lauthals geschimpft wird, gleichwohl aber Korrupte gewählt werden, um wenigstens davon profitieren zu können. Das erklärt zum Teil, warum es für unverbraachte Kräfte so schwer ist, in der politischen Landschaft Fuss zu fassen: Sind sie nicht selber in Machenschaften involviert, vermögen sie keine handfesten Vorteile anzubieten.

Die enge Abhängigkeit zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht hat Lucian Croitoru, Berater bei der Nationalbank Rumäniens, in einer kürzlich veröffentlichten Analyse als grundlegendes Problem des Landes benannt. Von einer klassisch liberalen Position ausgehend, argumentiert er, die begrenzte wirtschaftliche Freiheit in Rumänien, die hohe Anzahl Personen, die finanziell vom Staat und von politisch nahen Unternehmern abhängig sind,

Premierminister Victor Ponta nach dem gescheiterten Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Traian Basescu am 29. Juli. Foto: Gabriel Petrescu (Landov, Keystone)

seien Ursache für eine eingeschränkte Form politischer Freiheit.

Nach Überwindung der kommunistischen Ceausescu-Diktatur 1989 verlief die Privatisierung der Staatsbetriebe in Rumänien langsamer als in den anderen inzwischen der EU beigetretenen osteuropäischen Staaten. Die Arbeitslosigkeit blieb stets vergleichsweise gering, wenn auch Löhne gezahlt wurden, die oft kaum zum Überleben reichten. Die wechselnden Regierungen erkaufte sich durch eine flächendeckende Verteilung der knappen Mittel den sozialen Frieden, behielten zugleich aber die Kontrolle über die finanziellen Ressourcen: Die Abhängigkeit dauerte an, der freie Markt wurde behindert.

Da die Rumänen wirtschaftlich harte Zeiten gewohnt waren und das Land über keine ausgeprägte politische Widerstandskultur verfügt, blieb das Protestpotenzial gering. Gegen einen gesicherten, wenn auch knappen Geldfluss war ein wesentlicher Teil der Bevölkerung bereit, ihre Stimme den Machthabern zu geben und so die relativ dünne Schicht der kritisch denkenden Bevölkerung, Intellektuelle und Stadtbewohner in erster Linie, zu überstimmen.

Unverhohlene Drohungen

Wie die ökonomische Abhängigkeit ganz konkret in politische Einflussnahme umgelenkt werden kann, zeigte etwa das Referendum zur Amtsenthebung Präsident Basescus Ende Juli. Veleorts

Verfassungskrise Heute soll ein Gericht über die Rückkehr des abgesetzten Präsidenten entscheiden

Seit Wochen bemüht sich die Regierung unter Ministerpräsident Victor Ponta, den Anfang Juli suspendierten Staatspräsidenten Traian Basescu endgültig seines Amtes zu entheben. Zu diesem Zweck wurden geltende Gesetze und Entscheidungen des Verfassungsgerichts übertreten. Am 10. August veröffentlichte die Staatsanwaltschaft am obersten Gerichtshof Rumäniens Protokolle abgehörter Telefongespräche von Ministern und hohen Beamten. Aus den Gesprächen geht hervor, dass Mitglieder der Ponta-Regierung Wahllisten

drängen Lokalpolitiker aus den Reihen der Regierungsparteien die Bürger zur Stimmabgabe. Unverhohlen wurde droht, bei niedriger Stimmabgabe Sozialabgaben zu kürzen oder Investitionen in die Infrastruktur primär dort vorzunehmen, wo hohe Zustimmungsraten zur Absetzung des Präsidenten erreicht würden. Die armen Landkreise im Süden Rumäniens, traditionell ein Stamm-land der Sozialdemokraten des derzeitigen Premierministers Ponta, wiesen denn auch die höchste Stimmabgabe und den höchsten Anteil an Ja-Stimmen auf, gefolgt von den Regionen im Osten, dem traditionellen Armenhaus des Landes.

Ein Stadt-Land-Konflikt

Deutlich geringer war die Stimmabgabe in der Hauptstadt Bukarest. Deutlich geringer war die Stimmabgabe in den wirtschaftlich besser entwickelten und tendenziell kritischer wählenden Landesteilen im Zentrum und Westen, die auch aus historischen Gründen stärker nach Westen orientiert sind.

Das Referendum wie auch die Wahlergebnisse seit 1989 zeigen die Konfliktlinien zwischen entwickelten und verarmten Landesteilen sowie zwischen Stadt und Land auf. Die ländliche Bevölkerung, die überwiegend politisch loyal stimmt, fällt besonders ins Gewicht, weil ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit rund der Hälfte der Einwohnerzahl für europäische Verhältnisse sehr hoch ist.

manipulieren lassen wollten. So sollten zum Beispiel Zehntausende Wähler auf diesen Listen für tot erklärt und die Auslandsrumänen davon gestrichen werden.

Durch die gefälschten Daten sollte das gescheiterte Referendum zur Absetzung des suspendierten Staatsoberhauptes Traian Basescu vom 29. Juli nachträglich für gültig erklärt werden. Rund 46 Prozent der Wahlberechtigten haben sich am Volksentscheid beteiligt. Über 80 Prozent der Rumänen stimmten für eine Amtsenthebung des Präsidenten – doch für seine endgültige Suspendierung wäre

Tendenziöse Berichterstattung in den Medien, die zu einem guten Teil von politisch nahestehenden Medienmogulen beherrscht werden, trägt das Ihre zur Desinformation bei. Im wuchernden Gestrüpp von gegenseitigen Anschuldigungen, Beleidigungen und Gerüchten fällt es schwer, einen klaren Blick zu bewahren. Dies trägt zum weitverbreiteten Eindruck bei, es gäbe sowieso keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien, da alle gleich korrupt seien.

Zwar ist Korruption tatsächlich in allen Parteien verbreitet, doch existieren durchaus Unterschiede im Ausmass wie auch im Umgang der Parteien damit. Als besonders korrupt gilt die sozialdemokratische Partei, ein Sammelbecken einstiger Nomenklatura-Angehöriger und junger, machthungriger Aufsteiger, die ihre Karriere ohne Skrupel verfolgen und dabei auch unlautere Mittel einsetzen – so eine plagierte Doktorarbeit oder erfundene Studienabschlüsse im Falle von Ponta. Ernsthaftige Bemühungen, der Korruption Herr zu werden, gab es in der Partei nie. Im Gegenteil: Die Aktionen der Regierung Ponta zielen dahin, Strafverfahren gegen eigene Politiker ins Leere laufen zu lassen.

Die oppositionellen Liberaldemokraten haben ihrerseits mehrere in Korruptionsverfahren verstrickte Parlamentarier. Die Partei, die bis Anfang Jahr die Regierung stellte, und der mit ihr eng verbundene Präsident Basescu liessen

eine Wahlbeteiligung von über 50 Prozent nötig gewesen. Das rumänische Verfassungsgericht will heute entscheiden, ob das Referendum zur Absetzung Basescus gültig war oder nicht – und damit über dessen Rückkehr in sein Amt.

Gerichtspräsident Augustin Zegrean hatte sich Hilfe suchend an die Europäische Kommission und den Europarat gewandt. Die Ponta-Regierung übt massiven Druck auf die Verfassungshüter aus: Richter des Gremiums seien bedroht worden, schrieb Zegrean in einem offiziellen Brief an Brüssel. (TA)

der Justiz jedoch freie Hand, auch gegen Leute aus den eigenen Reihen vorzugehen. Urteile und Ermittlungen gegen liberaldemokratische Politiker führen in der Öffentlichkeit aber dazu, dass die Liberaldemokraten nicht weniger korrupt seien als ihre politischen Gegner.

Wuchernde Bürokratie

Gerade diese wenig differenzierende Haltung zementiert ein System, in dem Korruption als allgemein verbreitetes Übel fatalistisch hingenommen und der Schwarze Peter ausgerechnet denen zugeschoben wird, die mit der Korruptionsbekämpfung beginnen. Zudem praktizieren viele Menschen im Alltag Verhaltensweisen, die im weitesten Sinn im Grabereich von Korruption, Einflussnahme und Nepotismus verortet werden können. Informelle Zahlungen oder irreguläre Gewährung von Vorteilen sind von Behördengehängen über Arztbesuche bis zu Abschlussprüfungen häufige Praxis. Die wuchernde Bürokratie lädt geradezu ein, ein kompliziertes Prozedere, etwa bei der Einlösung eines Neuwagens, durch eine «kleine Aufmerksamkeit» an den Beamten abzukürzen. Solche Praktiken werden in weiten Teilen der Bevölkerung in begrenztem Rahmen geduldet, bilden aber den gesellschaftlichen Nährboden für die Korruption im grossen Stil.

Die Empörung gegenüber einer als korrupt verschrienen politischen Klasse richtet sich daher mitunter weniger gegen korrupte Praktiken an sich, sondern ist eher Ausdruck des Gefühls, überteuert worden zu sein. Entrüstung jedoch löst die schamlose Art aus, mit der einflussreiche Personen vor aller Augen fantastische Vermögen anhäufen, während die Bevölkerung leer ausgeht. Korrupte Politiker hingegen, die ihrer Wählerschaft in paternalistischer Art Geld zuschanzen, können auch weiterhin auf zahlreiche Stimmen zählen.

* Der Historiker Daniel Ursprung ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich. Rumänien ist sein Forschungsschwerpunkt.